ver.di

Bildung, Wissenschaft und Forschung

report biwifo

01/2017

Perspektivwechsel

Was wir tun müssen für eine enkeltaugliche Zukunft

Gute Löhne – gute Rente

Die Schaffung sozialer Gerechtigkeit ist zentral für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Ausbeutung von Mensch und Umwelt sind zwei Seiten einer sowohl ungerechten als auch nicht zukunftsfähigen Welt. Damit wir vorankommen in eine wünschenswerte Richtung ist es notwendig, dass sich immer mehr Menschen einmischen, ihre Interessen artikulieren und da aktiv werden, wo sie arbeiten und leben. Nur so lässt sich der politische Diskurs drehen.

Die Auseinandersetzung um „Gute Löhne und gute Rente" ist eine konkrete Möglichkeit dafür. Vom 19. bis 23. Juni findet unter diesem Motto die achte ver.di-Aktionswoche statt. Wir werden in bewährter Weise gewerkschaftliche Errungenschaften in die (betriebliche) Öffentlichkeit tragen.

Darüber hinaus wollen wir die Aktionswoche aber auch nutzen, um die ver.di-Forderungen nach einem Kurswechsel in der aktuellen Rentenpolitik zu kommunizieren. Wir brauchen ein System, das es allen ermöglicht, ihren Lebensstandard auch im Alter zu sichern. Dafür muss die gesetzliche Rente gestärkt werden. Es geht um ein würdiges Leben – unabhängig vom Alter.

Da es zum Zeitpunkt der Aktionswoche schon auf die heiße Phase des Bundestagswahlkampfs zugeht, bietet sich hier eine gute Möglichkeit, viele Menschen zu mobilisieren. Die Parteien sollen den Druck spüren und wissen, dass ihre Position zu „Gute Löhne und gute Rente" ein ganz entscheidender Faktor sein wird, wo die Menschen im September ihr Kreuz machen.

Ute Kittel
Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Schwerpunkt: Zukunftsfähigkeit ausbilden

Keine Kompromisse bei drohender Katastrophe 3
Abschied von der Ökonomiefixierung 3
Ein ver.di-Seminar als Handlungsimpuls 4
ver.di bildet nachhaltig 5
Spannungsfeld im eignen Haus 5
Netzwerk Plurale Ökonomik 6
Sonne sammeln auf dem Hochschuldach 6
Kreislaufwirtschaft lernen in Trier 7
Studierende fördern nachhaltige Vernetzung 7
Nachhaltigkeit in der Ausbildung – ein weißer Fleck 8
Interview mit Uwe Schneidewind vom Wuppertal-Institut 9

Die Rente muss wieder sicher werden 10
Neuer Muff unter den Talaren 11
Kerndatensatz Forschung: Malen mit Zahlen 12
Tag der Bibilothekar*innen 12
Studierende für ver.di organisieren – und auf in den Asta! 13
Hochschulmodul über Arbeitsbeziehungen 14
Neues von den Studierendenwerken 14
Neu zusammenkommen – Erfahrungen im Personalrat 15
Porträt: Frank Loeding 15
Zu guter Letzt 16

Impressum

Der ver.di Report **biwifo Nr. 01/2017** · März 2017
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin

V. i. S. d. P.: Ute Kittel
Redaktion: Carsten Bauer, Klaus Böhme, Katharina Common, Bernward Friedrich, Birthe Haak, Frank Hennig, Michael Niedworok, Harry Rettenmaier, Harald Giesecke
Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen
Internet: www.verdi.de
Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers
Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
Titelbild: Werner Bachmeier
W-1728-56-0317

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Internet: **www.biwifo.verdi.de**
Ansprechpartnerin biwifo-Report: **Annette.Jensen@t-online.de**

Fotos v.o.n.u.: Andreas Richter, Werner Bachmeier, ver.di , Werner Bachmeier

Keine Kompromisse bei der Nachhaltigkeit

„Die pluralistische Demokratie und der damit zusammenhängende Zwang zum Kompromiss sind historische Errungenschaften des 20. Jahrhunderts," schreibt der Konfliktforscher Mohssen Massarrat. Im Industrialisierungsprozess der westlichen Gesellschaften stand die soziale Frage im Zentrum der Auseinandersetzungen: Eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes, gesetzliche Regelungen des Normalarbeitstages, Einführung und Gestaltung von Kranken- und Rentenversicherung. Konsensbildung durch Kompromisse hat sich bewährt bei Zielkonflikten zwischen Personengruppen oder Wirtschaftszweigen. Wenn es aber um das Überleben der gesamten Zivilisation geht, erweisen sich Kompromisse als untauglich.

VON HARTMUT PLÖTZ

Bereits 1993 (!) hat das deutsche Parlament anerkannt, dass „wissenschaftliche Veröffentlichungen zur intensiven Aufklärung über das Ausmaß der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen geführt haben". Für die Enquete-Kommission *Schutz des Menschen und der Umwelt* des Bundestages bestand „kein Zweifel mehr, daß die ressourceaufwendige Wirtschaftsweise, wie sie die Industrieländer heute prägt, bei einer weltweiten Nachahmung in den ökologischen Kollaps führen" wird. Spätestens mit dem 1972 veröffentlichten Bericht des Club of Rome über die *Grenzen des Wachstums* „hätte sich bei den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft eine Bereitschaft zum Umdenken durchsetzen müssen." Auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung formulierte vor sechs Jahren unmissverständlich, dass das „kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell die Stabilität des Klimasystems und die Existenzgrundlagen künftiger Generationen gefährdet." Unter solchen Vorzeichen machen fossilatomare Zugeständnisse und Kompromisse keinen Sinn.

Menschliches Leben und Wirtschaften sind beständige Stoffwechselprozesse mit der Natur. Entsprechend forderte der ver.di-Gewerkschaftsrat 2010 „eine andere Weise des Denkens und des ganzheitlichen Arbeitens." In den Fokus der Aufmerksamkeit gehören nicht vorrangig Geldgrößen, sondern Energie- und Stoffflüsse, denn sie sind es, die die Tragfähigkeit des Planeten überfordern. Die Atmosphäre und die Weltmeere werden nicht durch Dollars oder Euros verschmutzt, sondern durch CO_2 und erdölbasiertes Plastik. Wer die natürlichen Lebensgrundlagen und die Vielfalt des Lebens bewahren will – und das muss im Interesse der Menschheit gewollt sein – muss die Produktion drosseln, wo sie die Regenerationsfähigkeit der Natur beeinträchtigt. Kompromisslos und überall!

Forschung und Bildung kommen zentrale Rollen zu, wenn es um die Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit geht. Dass es notwendig ist, die Weltwirtschaft grundlegend umzubauen, ist wissenschaftlich begründet und belegt. Diese Erkenntnisse müssen verständlich dargestellt werden, damit sie als Bildungsinhalte nutzbar sind und von vielfältigen Menschen und Institutionen aufgegriffen und in konkretes Handeln umgesetzt werden können. Gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen kommen wichtige Aufgaben zu. Sie sollten den Mitgliedern sowohl nachhaltigkeitsorientierte Inhalte als auch systemisches Denken vermitteln. Dazu gehört: Die Geldsysteme sind nicht zukunftsfähig. Damit Menschen Alternativen entwickeln können, sind ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu fördern, lebenslanges Lernen zu lernen.

Es geht um nicht weniger, als einen Paradigmenwechsel für eine Wissensgesellschaft herbeizuführen. Jede und jeder ist gefragt als Expert*in und Akteur*in der Transformation. Jeder Wirtschaftszweig ist einzubeziehen. Damit sich die Beschäftigten wirkungsvoll daran beteiligen können, muss endlich die wirtschaftliche Mitbestimmung eingeführt werden. Im Grundgesetz steht: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung." Von der Rettung der Banken ist dort nichts zu lesen. ●

Foto: The Blue Marble | View of the Earth as seen by the Apollo 17… | Flickr.webarchive: NASA on The Commons

KOMMENTAR

Transformation unausweichlich

Immer mehr Menschen kommen zu dem Schluss: So wie bisher kann es mit der Wirtschaft nicht weitergehen. Die Ressourcenverbrauch steigt fast exponentiell, und inzwischen ist der Handel mit Geld um ein Vielfaches größer als der mit Realgütern. Um außerhalb des Finanzsektors neue Anlagemöglichkeiten zu finden, wird alles zur Ware gemacht: Bildung, Information, Daten. Wissenschaftliche Verlage erwirtschaften bis zu 30 prozentige Renditen, indem sie staatlich finanzierte Forschungsergebnisse teuer verkaufen. Auch Hochschulbildung wird auf Effizienz zugeschnitten- mit dem Ziel, sie ökonomisch zu strukturieren und zu verwerten. Eine Transformation ist unausweichlich – nicht nur, weil wir die Erde ruinieren, sondern auch, weil die Wachstumswirtschaft sich selbst stranguliert.

Niemand weiß, wie der Umbruch aussieht und was danach kommt. Gerade deshalb müssen sich Bildung und Forschung wieder an ihren eigenen Werten und Kriterien ausrichten. Wir müssen lehren und lernen, selbst zu denken und zu urteilen. Es gilt, die Wahrnehmung zu schulen, die Vielfalt zu unterstützen und das Wissen zu teilen. Die Zeit, in der es – scheinbar – optimale Lösungen für die ganze Welt gab, hat uns an den Rand des Kollaps gebracht. Eine zukunftsfähige Wirtschaft muss kleinteilig, vielfältig, modular und regional angepasst sein. Um sie verbreiten und weiterentwickeln zu können, müssen Ideen, Erkenntnisse und Erfahrungen open source werden. Das bedeutet nicht, dass niemand mehr davon leben kann. Im Gegenteil: Es eröffnet die Chance, dass alle überleben. ●

Annette Jensen

Die „Neuesten Oekoheimatseiten" – ein ver.di-Seminar und seine Folgen

Die ver.di-Bildungsstätte Brannenburg liegt malerisch an einem rauschenden Gebirgsbach oberhalb des gleichnamigen Dorfes in den bayrischen Voralpen. Sie ist eines der ältesten Gewerkschaftshäuser in Deutschland. Schon im 19. Jahrhundert kamen hierher Gewerkschafter, um sich zu erholen und über die Auswirkungen des auch damals schon globalisierten Kapitalismus zu diskutieren.

VON CARSTEN BAUER

Recht früh hat die Bildungsstätte Brannenburg „Öko-Themen" auf ihre bildungspolitische Agenda gesetzt. Und da mir schon seit meiner Jugend klar ist, dass die Art wie wir mit unseren Ressourcen und der Natur umgehen nicht dauerhaft so funktionieren kann, bin ich oft und gerne zu ver.di-Seminaren in diese Bildungsstätte gefahren und habe über Klimawandel, Wasserprivatisierung und Energiewende (damals noch Science Fiction) diskutiert.

Ende August 2011 wurde ich zum ersten „Brannenburger Forum für nachhaltige Entwicklung" eingeladen. Das Forum wollte ver.di-Mitgliedern einen Überblick über die verschiedenen Aspekte einer Transformation in eine andere, eine eher ökologisch ausgerichteten Ökonomie verschaffen und hatte dazu diverse Referenten eingeladen.

Ein Redakteur der Zeitschrift *Forum Nachhaltig Wirtschaften* hatte eine echt coole Idee: Kurzerhand forderte er alle Teilnehmenden auf mit ihm rauszugehen. Mitten auf den Steinen des rauschenden Gebirgsbachs hat er dann seinen Vortrag fortgesetzt und gefordert, die Denkverbote und das „Das geht nicht" in den Köpfen auszuschalten. Eine sehr beeindruckende Szene. Das war wirklich ganz großes Kino ☺

Hier – an diesem Gebirgsbach – ist mir zum ersten Mal die Idee für eine Art Newsletter gekommen. Es müsste doch möglich sein aufzuzeigen, dass es keinen Grund gibt fatalistisch zu sein. Überall auf der Welt arbeiten kreative Köpfe an der Lösung, wie eine Energiewende und eine nachhaltig arbeitende Wirtschaft funktionieren könnte. Nach Beendigung des Seminars habe ich angefangen zu forschen, wer sich mit Lösungen der technischen, aber auch der philosophischen Fragen einer ökologischen und sozialen Ökonomie beschäftigt. Meine Ergebnisse habe ich an Interessierte weitergegeben. Und daraus sind dann die *Neuesten Oekoheimatseiten* geworden. Den Namen habe ich so gewählt, dass er altmodisch klingen soll und an Titel von Zeitungen aus dem 18. Jahrhundert erinnert: Dem Beginn der Industrialisierung.

Foto: Carsten Bauer

Gute Aussichten für Lernende in der ver.di-Bildungsstätte Brannenburg

Foto: Kay Herschelmann

Anfang 2014 waren die *Neuesten Oekoheimatseiten* so erfolgreich, dass ich mir eine ISSN (Internationale Serien Standard Nummer) bei der Deutschen Nationalbibliothek geholt habe und den Newsletter als Zeitschrift registrieren ließ.

Für mich ganz klar: ver.di sollte einen ökologischen Wandel mitgestalten (übrigens auch Beschlusslage auf diversen Bundeskongressen). Wir sollten erkennen, dass hinter den Begriffen Energiewende, Verkehrswende und Kreislaufwirtschaft reale Möglichkeiten stehen, den Arbeitsstandort Deutschland zu sichern. Und wir müssen wieder eine Balance in das System Wirtschaft-Mensch-Natur bringen. Es geht ja um unsere Jobs, um unsere Natur, um unser Land und um die Welt, in der wir leben wollen – und vielleicht als Erstes um die Frage, was wir eigentlich wirklich zu einem guten Leben brauchen.

Die Bildungsstätte Brannenburg hat übrigens am „Brannenburger Forum für nachhaltige Entwicklung" festgehalten und bietet auch in diesem Jahr diese Seminarplattform für ver.di-Mitglieder an. Aber wie bei allen bildungspolitischen Semiaren von ver.di sind Nebenwirkungen nicht auszuschließen: Es kann Euch durchaus passieren, dass Ihr Euch in aktive und engagierte Gewerkschaftsaktivist*innen verwandelt, falls Ihr es nicht sowieso schon seid … ☺

Die Neuesten Oekoheimatseiten gibt's in der globalen Rutschbahn unter **www.oekoheimatseiten.de**

ver.di bildet nachhaltig

Lernende in der ver.di-Bildungsstätte Undeloh

Seminare

Bildungsangebote für ver.di Mitglieder

ver.di bietet eine breite Palette von Bildungsmaßnahmen an. Die Themen reichen von Arbeitswelt über Wirtschafts-, Sozial- und Tarifpolitik, Internationales und Geschichte bis zu Kommunikation und Konfliktbewältigung.

Die Angebote der ver.di GPB sind dem Programm „Zentrale Seminare" zu entnehmen. Ein noch breiteres Spektrum steht in der Seminardatenbank **www.verdi-bildungsportal.de**

Wie wollen wir künftig arbeiten und leben – das ist eine der zentralen Fragen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Dabei geht es um so vielfältige Aspekte wie Digitalisierung, Demokratie und Menschenwürde, Migration und solidarisches Miteinander – und natürlich auch um nachhaltig Wirtschaften und Handeln. Die aktuellen Entwicklungen in den USA und die Wahlprogramme der Rechtspopulisten zeigen, dass das Bewusstsein für die Gefahren durch den Klimawandel und die Endlichkeit der Ressourcen gesellschaftlich immer noch nicht selbstverständlich ist, wie nach der Verabschiedung der Agenda 21 zu vermuten war.

Zum einen zielen entsprechende ver.di-Bildungsangebote darauf ab, sowohl über das eigene Konsumverhalten nachzudenken als auch über Möglichkeiten, das Thema im eigenen Betrieb zu stärken. Jenseits ganz praktischer Fragen versuchen wir zum anderen aber auch tiefer zu bohren: Kann unsere heutige Form von materiellem Wohlstand auf die ganze Welt ausgedehnt werden, und wäre das überhaupt ein erstrebenswertes Ziel? Welchen Preis zahlen wir – und andere – für Konsumgüter, Flugreisen, neueste Technik? Welcher Logik folgen wir mit der Wachstumsökonomie, und welche Verantwortung hat jede und jeder Einzelne? Kann Teilen glücklich machen? Das alles sind grundlegende Fragen, bei deren Diskussion wir aber eine moralische Überhöhung vermeiden müssen. Stattdessen gilt es, die Kollektivintelligenz anzuregen und gemeinsam Ideen zu fördern, wie wir zunächst im „Kleinen" etwas ändern und so vielleicht Veränderungen im „Großen" mitbewirken können. Ziel muss es sein, gesellschaftliche Entwicklungen voran zu bringen, die nachfolgenden Generationen ein „gutes Leben" ermöglichen. Dabei wird an den Beispielen Energiepolitik (Ausstieg aus der Atomernergie, Senkung der CO_2-Emmissionen bei den Kohlekraftwerken, Ausbau erneuerbarer Energien) sowie Verkehrspolitik (Autolobby, Arbeitsplätze, Schiene statt Straßen, Speditionsunternehmen, Maut) deutlich, in welch konfliktreichem Feld Gewerkschaften sich bewegen.

Aber Nachhaltigkeit ist nicht bloß ein Inhalt ohne Hülle. Die ver.di Bildungszentren haben ihren Einkauf auf lokale Produkte ausgerichtet und setzen auf erneuerbare Energien. Auch in der praktischen Bildungsarbeit muss es darum gehen, bewusst mit den Ressourcen umzugehen, die wir in Seminaren und Tagungen einsetzen: Nachhaltigkeit predigen und etwa für Stapel von Kopien Bäume abzuholzen, passt nicht zusammen. Entsprechend werden Materialien punktuell und ausgewählt zur Verfügung gestellt.

Weitergehende Informationen stehen im Mitgliedernetz zur Verfügung – kleine Beispiele, die kleine Schritte ermöglichen zu einem bewussten Prozess der Veränderung. ●

Andreas Michelbrink

mitgliedernetz.verdi.de/informativ/service/bildungsangebot

Der alltägliche Spagat

Wer sein Verhalten in Richtung Nachhaltigkeit verändern will, erntet allgemeine Zustimmung. Auch entsprechende ver.di-Beschlüsse werden breit getragen. In der Praxis gibt es dann aber einen alltäglichen Spagat zwischen hehren Zielen und ökonomischem Handeln. Das gilt so auch für die unterschiedlich alten ver.di-Bildungszentren. Bei Umbauten und notwendigen Renovierungen achten wir auf die Reduzierung des Energieverbrauchs. Dazu gehört sowohl eine sehr gute Dämmung der Gebäude wie auch der Ersatz von Ölheizungen durch Gas- oder Solarthermen. So ist beispielsweise in Undeloh seit 2013 eine Gasheizung im Einsatz, die gegenüber der alten Ölheizung etwa 150.000 kWh einspart. Hinzu kommt ein 30 m² großes Solarsystem, das für die Wassererwärmung rund 6.000 MWh liefert. Ein sehr effizientes Pumpensystem spart weitere 25.000 kWh Strom ein. Ähnliche Vorhaben sind in allen Bildungszentren in Vorbereitung oder bereits umgesetzt.

Zum Standard in allen Häusern gehört es, möglichst viele Produkte aus der Region zu nutzen und auf Bio und Fair Trade zu achten. Außerdem liefern die Bildungsstätten den Teilnehmenden Informationen, wie sie mit dem ÖPNV anreisen oder Fahrgemeinschaften bilden können. ● Ringo Bischoff

Schluss mit dem Tunnelblick in der VWL

In der Volkswirtschaftslehre herrscht weitgehend eine Monokultur. Das Netzwerk plurale Ökonomik e.V. will das ändern. Der Zusammenschluss mehrerer Initiativen tritt dafür ein, in der VWL einer Vielfalt ökonomischer Theorien Raum zu geben. Wir wollen die Lösung realer Probleme in den Vordergrund stellen, aber auch Selbstkritik, Reflexion und Offenheit fördern. Dabei gehen wir bewusst über einen fachinternen Diskurs hinaus und richten unser Anliegen an die Zivilgesellschaft, Politik und mediale Öffentlichkeit.

Die Aktivitäten des Netzwerks zielen darauf ab, interessierte und aktive Menschen miteinander zu vernetzen und eine Auseinandersetzung über verschiedene Perspektiven auf wirtschaftliche Zusammenhänge zu fördern.

Das Netzwerk ist aus verschiedenen Bewegungen innerhalb und außerhalb Deutschlands entstanden. Seine Wurzeln sind lokale Initiativen wie „Real World Economics" oder „Oikos Köln". 2007 gründeten mehrere Gruppen einen bundesweiten Verein als Dachverband, der sich 2014 am Aufbau der „International Students Initiative for Pluralism in Economics" (ISIPE) beteiligte. Die darin zusammengeschlossenen 42 Gruppen aus 19 Ländern veröffentlichten im Mai 2014 einen offenen Brief, der große Aufmerksamkeit erregte: Die Krise der Volkswirtschaftslehre wurde ein Thema in der breiten Öffentlichkeit. Auch als eher konservativ geltende Zeitungen wie beispielsweise die FAZ verweisen inzwischen regelmäßig auf die von uns angesprochenen Probleme. Häufig geht es dabei um die Frage, warum Finanzkrisen in den Modellen der Ökonomen nicht vorkommen, obwohl spätestens seit 2007 unübersehbar ist, dass es sie gibt.

Aus diesem seit zehn Jahren offen zutage liegenden Defizit wurden bisher jedoch keine Konsequenzen gezogen. Das bringt immer mehr Menschen dazu, die bestehende Ordnung an den Universitäten zu hinterfragen. Vor allem in den vergangenen beiden Jahren ist das Netzwerk plurale Ökonomik stark gewachsen: Mittlerweile gibt es über 30 assoziierte Gruppen und viele Kooperationen. Unser neustes Projekt ist die Anfang 2017 gestartete Website *Exploring Economics*. Sie gibt einen umfassenden Überblick über verschiedene Theorieschulen. Darüber hinaus wird dort eine in Bochum organisierte Ringvorlesung demnächst online verfügbar sein. ●

Lukas Böhm
www.exploring-economics.com/de/

Ausgezeichnete Mensa

In der Mensa auf dem Oldenburger Campus wird Nachhaltigkeit seit über 30 Jahren groß geschrieben. Viele Lebensmittel, aus denen täglich 7000 Mahlzeiten zubereitet werden, kommen aus der Region, sind frisch und saisonal und häufig auch biozertifiziert. Das vegetarische und vegane Angebot ist umfangreich, Rind- und Schweinefleisch sowie Fisch stammen aus artgerechter Tierhaltung. Die Leiterin der Hochschulgastronomie engagiert sich als Bio-Mentorin in einem bundesweiten Netzwerk und gibt ihre Erfahrungen gerne weiter.
Doris.senf@sw-ol.de

Bremer Sonnengenossen

Die Sonnenenergie auf den Dächern der eigenen Hochschule einsammeln und in Strom verwandeln – das ist das Konzept der UniBremen SOLAR Genossenschaft. In dem 2011 gegründeten Unternehmen können alle Beschäftigten und Studierenden der Universiät Bremen Mitglied werden, die mindestens 100 Euro beitragen. Etwa 130 haben sich dazu entschlossen – und so produzieren die Anlagen inzwischen mehr als 1,5 Prozent der Strommenge, die die Universität verbraucht. Viele Genoss*innen engagieren sich in einer der Wächtergruppen, die die Energieausbeute laufend kontrollieren, um auf Probleme sofort reagieren zu können.

Die Idee vorangetrieben hatten vor allem zwei Menschen: Doris Sövegjarto-Wigbers aus dem hochschuleigenen Zentrum für Umweltforschung und nachhaltige Technologien sowie Christoph Schulte im Rodde, der in der Technik- und Bauabteilung arbeitet. Für die Lösung unterschiedlicher Fachfragen fanden sie Helfer*innen in vielen Fachbereichen: Physik und Ingenieurwesen, Jura und Wirtschaftswissenschaften. Inzwischen interessieren sich auch andere Bremer Hochschulen für das Konzept. ●

Foto: Andreas Richter

Fotovoltaikanlagen auf der Bremer Uni

aje

Kreislaufwirtschaft in Birkenfeld

Kreislaufwirtschaft ist ein beliebtes Schlagwort, auch in den Gewerkschaften kursieren entsprechende Papiere. Doch in der Realität hat sich an der Linearwirtschaft noch fast nichts verändert. Um zu zeigen, dass es anders geht, sind Modelle und funktionierende Beispiele enorm wichtig. Der Umwelt-Campus Birkenfeld als Teil der Hochschule Trier ist ein erster gebauter Schritt – weg von der Linearwirtschaft, hin zur Kreislaufwirtschaft.

VON PETER HECK

Fotos: Umwelt-Campus Birkenfeld

Der Hochschulstandort ist eine Konversionsmaßnahme mit recycelter Fläche und recycelten Gebäuden, der seit 20 Jahren ohne fossile Energien für Wärme und Kälte auskommt. Das mit Biogas aus organischem Hausmüll und Altholz befeuerte Holzhackschnitzelheizkraftwerk erzeugt mehr Strom als der Campus benötigt. Hinzu kommen Fotovoltaik-, Solar- und Geothermieanlagen. Der Gebäudebestand wurde auf Niedrigenergieniveau saniert, Neubauten sind Passiv- oder Aktivenergiehäuser. Der Umweltcampus Birkenfeld ist damit in der Bilanz der erste und einzige CO_2-neutrale Campus in Europa.

Regenwasser wird gesammelt und für Air Conditioning, Toilettenspülung und Biotop-Gestaltung genutzt. Die Urinale der Herrentoiletten sind wasserlos. Achillesferse des Campus ist die Mobilität, die immer noch stark fossil geprägt ist.

Echte Kreislaufwirtschaft umfasst Landnutzung und Ressourcenbewirtschaftung unter Einschluss von Energie. Sie ist transdisziplinär, systemisch und extrem vernetzt. Stoffsysteme müssen neu gedacht werden: Verboten ist, was nicht im Kreis geführt werden kann oder nur mit dauerhafter Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen auskommt.

All diese Aspekte, verbunden mit den ökonomischen und technischen Grundlagen, lernen die Studierenden am Campus im Bereich der Ressourcenwirtschaft, des Sustainable Change und des Stoffstrommanagements. Der Studienort ist der gelebte Beleg für die Möglichkeit und Notwendigkeit des Wandels. Auch wenn viele Absolvent*innen später nicht im Kernbereich der Kreislaufwirtschaft tätig sind, so nutzen sie ihre Erfahrungen doch für kleine Schritte in Richtung einer anderen Wirtschaftsform.

Das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement IfaS hat seinen Sitz am Birkenfelder Umwelt-Campus und zählt zu den größten In-Instituten der deutschen Fachhochschullandschaft. Mit über 50 Mitarbeitenden und jährlich 4,5 Millionen Euro Drittmittel arbeitet das Institut auf allen Kontinenten an der praktischen Umsetzung von echten Kreislaufwirtschaftskonzepten. Mit seinen Kompetenzen deckt es ganzheitlich die Bereiche Energie (Erneuerbare und Energieeffizienz), Ressourcen- und Wasserwirtschaft, Mobilität, Kultur- und Landschaftsmanagement ab. Dabei versteht sich das IfaS auch als Coach für Kommunen. Es unterstützt sie nicht nur, regionale Null-Emissions-Wachstumspotenziale zu identifizieren und umzusetzen, sondern auch Ver- und Entsorgung in wertschöpfende Kreislaufwirtschaftssysteme zu verwandeln. Finanziert werden diese Projekte über Unternehmen, Kommunen, die EU, das Bundesforschungsministerium, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und weitere Auftraggeber. ●

Kürzer arbeiten ökologisch vorteilhaft

Die Vier-Tage-Woche ist umweltfreundlich, da energiesparend. So argumentiert der britische Politologe Alex Williams und verweist auf Erfahrungen im US-Bundesstaat Utah, wo das Wochenende in den öffentlichen Verwaltungen 2007 um einen Tag verlängert wurde. Der Staat spart dadurch mindestens 1,8 Millionen Dollar an Energiekosten.

www.kurzlink.de/Arbeitswoche

Netzwerk N

Von guten Beispielen lernen

Ziel des von Studierenden und jungen Berufstätigen gegründeten **Netzwerk N** ist es, die Hochschullandschaft umfassend in Richtung Nachhaltigkeit umzubauen. Das betrifft sowohl die Studieninhalte als auch die Organisation und den Betrieb der Hochschulen. Netzwerk N beschreibt gute Beispiele und vermittelt Kontakte, um die Transformation voranzutreiben.

Die Leuphana Universität **Lüneburg** und die Hochschule für nachhaltige Entwicklung **Eberswalde** sind bisher die einzigen in Deutschland mit einem ganzheitlichen Konzept. Hier sind nicht nur entsprechende Inhalte und Methoden in alle Studiengänge integriert. In Eberswalde existiert seit 2010 auch ein runder Tisch, an dem alle vom Hausmeister über Studierende bis hin zum Dekan Platz nehmen und gemeinsam über Verbesserungen nachdenken.

Die Vielfalt an Projekten, die von Studierenden initiiert wurden, ist groß: In **Tübingen** gibt es das interdisziplinäre Studium Oecologicum, eine Vernetzungswoche zu Beginn des Studiums und ein Modul über Welternährung. An der **TU Berlin** haben Studierende Projektwerkstätten eingerichtet, in **Dresden** Umwelt-Ringvorlesungen und in **Erfurt** das Studium fundamentale Nachhaltigkeit, an dem alle Bachelorstudierenden teilnehmen müssen. An der Uni **Maastricht** betreiben acht studentische Mitarbeiter*innen und viele Ehrenamtliche ein Grünes Büro, das sich ebenso um die Curricula wie um Forschungsinhalte, Stromversorgung und das Mensaessen kümmert. ● aje

https://plattform.netzwerk-n.org/

Blinder Fleck in der Ausbildung

Wer die Ausbildungsordnungen studiert, findet so gut wie nichts zum Thema Nachhaltigkeit. Hier und da wird zwar auf den sparsamen Umgang mit Ressourcen hingewiesen; auch über die Wahl von umweltfreundlichem Verpackungsmaterial bekommen manche Azubigruppen Informationen. Doch darüber nachzudenken, welche Wechselwirkungen und Zusammenhänge es zwischen Wirtschaft, Umwelt und Sozialem gibt, lernen Auszubildende nicht. Ebenso sieht es an den Hochschulen aus: Die meisten angehenden Akademiker*innen werden bestenfalls mit Einzelaspekten aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs konfrontiert.

Aus Sicht von Prof. Dr. Franz Kaiser, Leiter des Instituts für Berufspädagogik an der Universität Rostock, ist das fatal. „Es gibt einen blinden Fleck: Die Auswirkungen des heutigen unbändigen Verwertungsmarktes werden einfach nicht thematisiert," kritisiert er. Dabei seien profitorientiertes Wirtschaften, Wachstums- und Wettbewerbsorientierung schlicht unvereinbar mit fairen Sozialstandards und dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Nur wenn wir unsere Ökonomie grundlegend ändern, könne sie dauerhaft tragfähig sein. Für den tiefgreifenden Umbau der Arbeitswelt sei es notwendig, dass die Beschäftigten die Konsequenzen ihrer Entscheidungen für andere Lebensbereiche oder Weltregionen durchschauen könnten und gegebenenfalls Widersprüche formulieren.

Wer in einer Mensaküche arbeitet, sollte nicht nur Bescheid wissen, welches Gemüse zu welcher Jahreszeit wächst. Ist den Beschäftigten bewusst, unter welch katastrophalen Bedingungen Menschen in Bangladesch Schrimps züchten, werden sie vermutlich auf diese Zutat verzichten. Auch Kenntnisse über den jeweiligen Transportaufwand kann die Rezeptwahl beeinflussen. Genauso gilt es aber auch, sich mit den eigenen Arbeitsbedingungen auseinander zu setzen: Ein guter Umgang mit Stress und körperlichen Belastungen will ebenso gelernt sein wie die Mitgestaltung von Betriebsabläufen. All das aber kommt in den entsprechenden Ausbildungs- und Prüfungsordnungen bisher kaum vor.

Foto: privat

Prof. Dr. Franz Kaiser

„In der beruflichen Bildung prallen unterschiedliche Interessen aufeinander", fasst Kaiser zusammen. Den Arbeitgebern geht es vor allem darum, dass der Nachwuchs lernt, zur Profitabilität des Unternehmens beizutragen. Die Gewerkschaften dringen auf gute Arbeitsplätze und die Möglichkeit der Beschäftigten, sich in einem Berufsfeld nach eigenen Wünschen und Neigungen weiterentwickeln zu können. Die Bundespolitik orientiert sich vor allem am Leitbild des Wirtschaftswachstums, auch wenn sie Klima- und Ressourcenschutz offiziell groß schreibt.

Der Professor fordert grundlegende Änderungen. Zum einen sollte es übergreifende Standards zum Thema Nachhaltigkeit geben, die für sämtliche Lehrberufe gelten, zum zweiten aber auch konkrete berufsspezifische Inhalte. „Unter den Beteiligten, die heute die Bedingungen in der beruflichen Bildung prägen, kommt den Gewerkschaften am ehesten die Rolle zu, Druck in diese Richtung auszuüben", meint Kaiser. Doch ihr Kerngeschäft sei das Thema nicht. Deshalb schlägt der Wissenschaftler vor, bei Neuordnungsverfahren von Berufen Expert*nnen aus NGO-Dachverbänden hinzuzuziehen. Sie sollten die Perspektive aller Lebewesen auf dem Globus sowie künftiger Generationen vertreten.

Seit vielen Jahren beschäftigt Kaiser das Thema. Er weiß nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht bestens Bescheid. Als er früher am Bundesinstitut für Berufsbildung gearbeitet hat, saß er auch sechs Jahre lang im Personalrat und hatte ganz praktisch mit solchen Fragen zu tun. ●

Annette Jensen

Foto: Werner Bachmeier

Wo die Zutaten herkommen, ist auch eine Frage der Nachhaltigkeit

Wohlstand neu ausrichten

Foto: www.eventfotograf.in/©JRF e.V.

Der Ökonom Uwe Schneidewind leitet das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Er ist Mitglied im Club of Rome und im wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.

***biwifo*:** Das Wirtschaftswachstum übersteigt die ökologische Tragfähigkeit der Erde. Ist es realistisch, Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch zu entkoppeln?

Uwe Schneidewind: *Lange ruhte die Hoffnung darauf, durch technische Innovationen den Natur- und Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Tatsächlich gab es enorme Effizienzfortschritte. Aber die Einsparungen wurden überkompensiert, indem mehr Produkte verkauft, die Autos größer und die Wege länger wurden. Deshalb reden wir heute über eine zweite Dimension der Entkopplung: Wie lässt sich die Lebensqualität ohne materielles Wirtschaftswachstum erhöhen?*

Ja wie?

Gut organisierte Gesundheits- und Bildungssysteme, die für alle Menschen zugänglich sind, sind zentrale Wohlstandsfaktoren – und hängen nicht von der Höhe des Bruttosozialprodukts ab. Die USA haben ein extrem teures Gesundheitssystem, das viele Millionen Bürger fast unversorgt lässt; Vietnams Bildungssystem ist für Ärmere besser als das der USA. In relativ egalitären Gesellschaften ist auch das Sicherheitsgefühl höher. Zentrale Faktoren für Lebensqualität sind auch Möglichkeiten, sich gesellschaftlich einbringen und seine Meinung frei äußern zu können.

Kann es eine Wachstumswirtschaft geben, die überwiegend auf nicht-materiellen Gütern beruht – oder bedarf es eines Systembruchs?

Ich gehe davon aus, dass sich vieles durch eine engagierte Ordnungspolitik erreichen lässt, ohne deshalb mit dem kapitalistischen System oder der globalen Arbeitsteilung brechen zu müssen. Wenn zum Beispiel beschlossen wird, ab 2030 keine Benzin- und Dieselfahrzeuge mehr zuzulassen, bedeutet das ja nicht das Ende einer wettbewerbsorientierten und privat organisierten Automobilwirtschaft.

Wenn aber Carsharing zum Standard wird, braucht man weniger Autos und mehr Dienstleistungen. Damit aber lässt sich weniger verdienen als mit Autoproduktion. Untergräbt so etwas nicht die Profitorientierung des Kapitalismus?

Das gegenwärtige Kapital hat tatsächlich kaum reale Anlagemöglichkeiten und flüchtet deshalb in spekulative Geschäfte. Zugleich ist vorstellbar, dass Wirtschaftskreisläufe entstehen, bei denen zunehmend in Bildung, Pflege und soziales Engagement investiert wird. Wenn die dort Beschäftigten besser verdienen, können sie beispielsweise mehr Geld in die Ausbildung ihrer Kinder stecken.

Warum aber sollte Bildung immer stärker zur Ware werden?

Das hängt von der künftigen Rolle des Staates ab. Wenn Gewinne, die jetzt in Steuerparadiesen landen, zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben beitrügen, könnte der öffentliche Sektor wieder stärker ausgebaut werden. Ein pervertierter Raubtierkapitalismus untergräbt dagegen die Legimitationsbasis des Kapitalismus.

Neue Ansätze einer dezentralen Produktion orientieren sich am Vor-Ort-Bedarf. Baupläne stehen kostenlos im Internet und können anderswo genutzt und an die dortigen Bedürfnisse angepasst werden. Sehen Sie darin die Chance zur Transformation?

Ich glaube, dass es im künftigen Kapitalismus wachsende und durchaus bedeutende Nischen von nicht marktwirtschaftlich organisierten Wertschöpfungsbereichen geben wird. Das wird auch Rückwirkungen haben auf Erwerbsarbeit und die soziale Sicherung. Aber diese Innovationen werden den globalen Kapitalismus nicht vollständig ablösen.

Welche Rolle sollten Gewerkschaften spielen?

Gewerkschaften setzen sich seit jeher für die Würde und für anständige Bezahlung von Erwerbsarbeit ein. Durch die Digitalisierung werden beispielsweise im Banken-, Versicherungs- und Logistiksektor große Produktivitätsreserven mobilisiert und damit Arbeitsplätze gefährdet. Gewerkschaften sollten versuchen, diese Prozesse frühzeitig mitzugestalten. Denn wir spüren aktuell die Konsequenzen, wenn Menschen ohne eine solche Mitgestaltung nicht abschätzen können, was auf sie zukommt.

Was muss sich in der Wissenschaft ändern?

In Phasen massiver Umbrüche muss sich Wissenschaft engagiert in die gesellschaftliche Debatte einbringen und Orientierungsangebote machen. Wie kann Erwerbsarbeit unter Schrumpfungs- und Postwachstumsbedingungen aussehen? Wie gestalten wir Städte, damit sie erweiterte Formen von Wohlstand produzieren? Auf solche Fragen gibt die klassische Wirtschaftswissenschaft bisher kaum Antworten. ●

Interview: Annette Jensen

WEITERBILDUNG

Tarifverhandlungen beim IB

Vier Monate lang waren die Verhandlungen beim Internationalen Bund über einen konzernweiten Entgelttarifvertrag einschließlich Tätigkeitsmerkmalen unterbrochen, weil die Arbeitgeber nicht über Beschäftigte im SGB-II- und III-Bereich verhandeln wollten. Ende Januar lenkten sie an diesem Punkt ein, schlagen nun aber sechs unterschiedliche Verträge vor, abhängig von den regional und finanziell unterschiedlichen Bedingungen. Das ist für uns unakzeptabel. Wir haben einen Kompromissvorschlag vorgelegt, der eine Basistabelle für alle Organisationseinheiten auf einem Niveau von über 90 % der TVöD-Werte vorsieht. Regional können höhere Entgelte vereinbart werden. Die nächste Verhandlungsrunde findet im März statt.

„Bitte stören!"

So wie Hotelgäste ihrem Wunsch nach Ungestörtheit Ausdruck verleihen, weisen Dozent*innen der VHS Leipzig auf ihre prekären Arbeitsverhältnisse hin: Mit Türanhängern. Auf denen stehen ein paar knackige Sätze, die die Forderungen nach besseren Arbeits- und Einkommensbedingungen und nach einem Tarifvertrag für „Artbeitnehmerähnliche" auf den Punkt bringen. *Jeder der sieben Türanhänger weist auf je ein Problem hin. Zu jedem wollen die Dozent*innen eine Aktion starten.* Die Vorlagen und die Kampagnenidee können bestellt werden bei Anne Voß, Bundesfachgruppenleiterin Weiterbildung in ver.di. **anne.voss@verdi.de**

Prekäre Rente

Foto: Werner Bachmeier

Insbesondere für geringfügig oder befristet Beschäftigte, Leiharbeitnehmer*innen und Solo-Selbstständige muss das Rentensystem angepasst werden. Ansonsten schlittern Millionen prekär beschäftigte Arbeitnehmer*innen in die Altersarmut.

VON HARALD GIESECKE

„Rente muss für ein gutes Leben reichen." Mit diesem Titel startete eine Kampagne zur Stärkung der gesetzlichen Rente unter dem Dach des DGB. Aktuell beträgt das Rentenniveau 47,9 Prozent und wird – nach aktueller Gesetzeslage – bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent sinken. Beschäftigte mit einem Bruttoverdienst von 2.400 Euro monatlich, also 80 Prozent des aktuellen Durchschnittseinkommens, müssten 38,2 Beitragsjahre in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um eine Rente auf Grundsicherungsniveau von heute 774 Euro zu erhalten. Eine Beschäftigung auf Grundlage des Mindestlohns in der Weiterbildung (Stand 2016) führt beispielsweise zu jährlich 0,78 Rentenpunkten und damit bei kontinuierlich 40 Erwerbsjahren zu einer Rente von nur 950 Euro.

2015 waren bereits 7,5 Millionen Arbeitnehmer*innen hierzulande atypisch beschäftigt – befristet oder geringfügig, in Zeitarbeit oder Teilzeit mit 20 oder weniger Wochenstunden. Dazu kommen noch einmal knapp zwei Millionen Solo-Selbständige. Um Grundlagen für die politische Diskussion zu schaffen, organisierte unser Fachbereich zusammen mit den Kolleg*innen von den „Besonderen" eine Tagung zum Thema „Altersarmut? – Alterssicherung!"

Für den Sozialwissenschaftler Gerhard Bäcker hat sich die lohn- und beitragsorientierte gesetzliche Rentenversicherung bislang als durchaus erfolgreich in der Bekämpfung von Altersarmut erwiesen. Das aber gilt nicht mehr für die Zukunft: Der Ausbau des Niedriglohnsektors, die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Zunahme durchbrochener Erwerbs- und Versicherungsbiografien und die Zunahme selbstständiger Beschäftigung führen dazu, dass große Beschäftigtengruppen die notwendigen Rentenpunkte nicht mehr erreichen. Verstärkt wurde dies durch den 2001 politisch entschiedenen Paradigmenwechsel: Seither gilt die Begrenzung der Beitragssätze als Maßstab der Rentenpolitik – und nicht mehr die Sicherung angemessener Altersbezüge. Für 2020 wurde ein Beitragssatz von 20 Prozent, für 2030 von 23 Prozent festgelegt. In der Konsequenz sinkt das Rentenniveau und ist von der Lohnentwicklung abgekoppelt. Bäcker fordert, das Dogma des „Beitragsziels" wieder aufzuheben. Außerdem müssten Zeiten der Selbstständigkeit, der Arbeitslosigkeit und des SGB II-Bezugs stärker berücksichtigt werden, weil nur dann die gesetzliche Rente wieder zu einer solidarischen Lebensleistungsrente werden könne.

Es gilt also, die gesetzliche Rente zu stärken; betriebliche und private Vorsorge können lediglich ergänzend wirken. Minijobs sind besser zu bewerten. Auch Wechsel zwischen selbstständiger und nicht-selbstständiger Arbeit, Qualifizierungs-, Kindererziehungs- und Pflegezeiten dürfen nicht länger mit immensen Nachteilen im Alter verbunden sein.

Gerade in der Weiterbildung und an Hochschulen verlaufen die Erwerbsbiographien aufgrund der hohen Befristungsquoten oft diskontinuierlich. Hierauf muss das Rentensystem zugeschnitten werden. Selbstständige Dozent*innen etwa an Volkshochschulen sind rentenversicherungspflichtig. Allerdings müssen sie die Beiträge in voller Höhe (Arbeitnehmer-und Arbeitgeberanteil) selbst tragen. Schon jetzt sind ihre monatlichen Pflichtbeiträge oft so hoch wie das, was sie später pro Monat herausbekommen sollen. ver.di macht sich daher auch stark für die Absicherung von selbstständigen Lehrkräften in einem einheitlichen Solidarsystem für alle Erwerbstätigen.

Bundesfachbereichsleiterin Ute Kittel fordert dringend einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben – möglicherweise unterbrochen von Zeiten der Arbeitslosigkeit oder prekärer Selbstständigkeit – müssten vor Altersarmut geschützt sein. Unser Fachbereich wird sich des Themas sowohl vor als auch nach der Bundestagswahl intensiv annehmen. ●

Unter den Talaren müffelt es weiter

Seit vergangenem Juni sitzt die rechtspopulistische AfD in einem Studentenparlament: Ihre Jugendorganisation Junge Alternative (JA) erhielt einen Sitz an der Universität Kassel. Beobachter der neurechten Elite sind wenig überrascht, stammen doch die AfD-Gründungsväter und Galionsfiguren Prof. Dr. Lucke und Prof. Dr. Henkel aus der akademischen und wirtschaftlichen Elite Deutschlands. Auch Dr. Petry und Prof. Dr. Meuthen haben einen solchen Hintergrund. Donald Trump, Exponent des globalen Rechtspopulismus und neuer US-Präsident, hat ebenfalls eine führende Business School absolviert.
Neu ist, dass nicht nur er die Mehrheit der „working class" für sich gewinnen konnte. Auch die AfD ist in Baden-Württemberg zur stärksten „Arbeiterpartei" aufgestiegen, so wie der Front National in Frankreich.

VON KLAUS J. BECKER

Universitäten boten seit jeher Freiräume für rechtes, chauvinistisches Denken. Bereits im Mittelalter mussten sich die aus höheren Kreisen stammenden Universitätsangehörigen lediglich vor einem Kirchengericht verantworten – zum Schaden der Unterprivilegierten. Während der „Befreiungskriege" gegen Napoleon entstandenen Urburschenschaften, die nicht für demokratischen Fortschritt fochten, sondern für „Ehre, Freiheit, Vaterland". Erst der Gewerkschaftsbewegung gelang es, ökonomische Verbesserungen zu erzwingen und nach 1918 den Zugang zu universitärer Bildung zu öffnen.

Die Versuche, die Hochschulen zu demokratisieren, endeten jedoch 1932 (!) kläglich. Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund übernahm die Führung der Deutschen Studentenschaft, zu der sich die Studentenausschüsse zusammengeschlossen hatten, und vollzog die Gleichschaltung. Entsprechend war der Widerstand an den Universitäten – trotz leuchtender Vorbilder wie Hans und Sophie Scholl – geringer als innerhalb der Arbeiterbewegung. Auch nach 1945 wurde versäumt, die Hochschulen zu demokratisieren. 1950 konnten Studentenverbindungen an westdeutschen Universitäten wieder aktiv werden.

So bedurfte es eines Fanals. Bei der feierlichen Amtsübergabe an den neuen Rektor der Hamburger Universität am 9. November 1967 entrollten die AStA-Vorsitzenden Albers und Behlmer ein Transparent: „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren". Die Würdenträger waren geschockt, während sich die Forderung nach Mitbestimmung sofort zu einem Kernanliegen der „68er" entwickelte. Doch die rasch erreichten Fortschritte gingen bereits 1977 wieder verloren. Die Verfasste Studentenschaft wurde mit der Begründung abgeschafft, den „linken terroristischen Sumpf auszutrocknen". Außerdem verwandelte die Kohl-Regierung das seit 1971 als Zuschuss gewährte BAföG in eine Hilfe auf Darlehensbasis. Die konservative „Wende" setzte sich weiter fort. Heute sind Pegida-Aktivisten Gastredner in Burschenschaftsgebäuden, und der Asta der Universität Greifswald lädt AfD und NPD zu einer Podiumsdiskussion ein.

Auf diese Entwicklungen müssen die Gewerkschaften Antworten finden. Dazu gehört eine permanente Präsenz von Vertrauensleuten und Personalräten, vor allem aber ein soziales und inhaltliches Gegenangebot. Hier ist insbesondere die Hans-Böckler-Stiftung gefragt. Sie sollte ihren Fokus bei der Auswahl ihrer Stipendiat*innen wieder deutlich auf gewerkschaftliches Engagement vor und während des Studiums legen. Auch müssen die geförderten Promotionsthemen wieder klar ein Gewerkschaftsprofil zeigen. Die Erforschung der historischen Wurzeln des heutigen Rechtspopulismus gehört dazu. ●

ver.di auf dem Bibliothekartag

Der Bibliothekartag in Frankfurt/Main ist die deutschlandweit bedeutendste Weiterbildungsveranstaltung für Bibliotheksbeschäftigte. Weit mehr als 4000 Kolleg*innen werden zwischen dem 30. Mai und 2. Juni erwartet. ver.di ist wieder dabei: Dank Unterstützung des Bundesfachbereiches und der Landesbezirksfachbereiche wird die Bundesarbeitsgemeinschaft Archive, Bibliotheken (BAG ABD) einen eigenen Stand haben, darüber hinaus planen wir eine Aktion. ●

Kerstin Thorwirth

VOR GERICHT

■ Macht der Hochschulleitung verfassungswidrig

Der baden-württembergische Verfassungsgerichtshof hat das Landeshochschulgesetz in Teilen für verfassungswidrig erklärt. Die Regelungen zur Wahl und Abwahl von Rektoratsmitgliedern seien nicht mit der im Grundgesetz-Artikel 5 garantierten Wissenschaftsfreiheit vereinbar.

Geklagt hatte Joachim Stöckle, Professor an der Hochschule Karlsruhe. Laut Badischer Zeitung hatte sein Anwalt argumentiert, Professor*innen seien in ihrer Amtsausübung abhängig vom guten Willen der Rektoren und Dekane: Wer Kritik äußere, habe schlechte Karten, ein Funktionsamt oder Leistungszulagen zu bekommen. Dies sahen offenbar auch die Verfassungsrichter in Stuttgart so: Die gegenwärtige Gewaltenteilung schränke die Grundrechte der Professor*innen ein. (Aktenzeichen 1 VB 16/15)

■ Verfassungsbeschwerde gegen Transparenzgesetz

Kurz vor Weihnachten hat die Open Knowledge Foundation (OKF) Verfassungsbeschwerde gegen das Transparenzgesetz des Landes Rheinland-Pfalz eingelegt. Die Beschwerdeführer kritisieren, dass Hochschulen von der Transparenzverpflichtung weitgehend ausgenommen werden. So könnten Informationen über mögliche Einflussnahmen der Wirtschaft auf die Wissenschaftsfreiheit vor der Öffentlichkeit verborgen werden. Außerdem wollen die Kläger nicht hinnehmen, dass Informationsanfragen nicht mehr anonym eingereicht werden können, womit Portalen wie **fragdenstaat.de** die Arbeitsgrundlage entzogen wird. Unterstützt werden die Beschwerdeführer von der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF).

SCHRIFTLICHES

Novellierung des Urheberrechts

Anfang Februar legte die Bundesregierung den Verbänden die lange versprochene Novelle des Urheberrechts zur Stellungnahme vor. „Wir können feststellen, dass die meisten unserer Forderungen aufgegriffen worden sind", sagte Kerstin Thorwirth, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Archive Bibliotheken Dokumentationszentren. Die beabsichtigten Regelungen kämen Mitarbeitenden und vor allem Nutzenden von Bibliotheken entgegen. Nun gilt es, Verwässerungen zu verhindern. Eine andere Baustelle bleibt dagegen: Verlage verteuern elektronische Medien so sehr, dass viele Bibliotheken sie nicht mehr bezahlen können.

https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Urhebervertragsrecht.html

Novellierung des Urheberrechts

Ab Herbst wird es vermutlich neue Regeln geben bezüglich digitaler Texte, die Dozent*innen Studierenden zur Verfügung stellen. Bis dahin können urheberrechtlich geschützte Werke in Seminaren wie bisher elektronisch bereitgestellt werden. Für diese Nutzung erhalten die Rechteinhaber eine Vergütung, die die Bundesländer über Pauschalen finanzieren.

Schutzfristen für Geheimes verkürzt

Die in ver.di organisierten Archivar*innen begrüßen die vom Kulturausschuss des Bundestags auf den Weg gebrachte Novellierung des Bundearchivgesetzes. Die Schutzfristen werden von 30 auf 10 Jahre verkürzt. Für Schriftgut mit Geheimhaltungsvorschriften wird die Dauer halbiert. Allerdings gibt es auch einen großen Mangel: Für die Geheimdienste sind umfangreiche Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Forschung im Datenirrgarten?

Wissenschaft ist messbar und damit vergleichbar – das ist die Grundannahme beim Kerndatensatz Forschung. Jede Hochschule und außeruniversitäre Forschungseinrichtung soll freiwillig bestimmte Daten erheben und vorhalten, die der Wissenschaftsrat 2016 spezifiziert hat. Seit diesem Februar steht nun ein Helpdesk zur Verfügung, der Nutzer*innen bei der Umsetzung und Interpretation der Daten unterstützen soll. Die freiwillige Umsetzung der Spezifikation könnte allerdings schon bald unumgänglich werden. Umstritten ist auch, welche Zwecke mit den erhobenen Daten verfolgt werden können.

Seinen Ausgang nahm die Diskussion zum Kerndatensatz bereits im Januar 2013, als eine erste Empfehlung des Wissenschaftsrates veröffentlicht wurde. Unmittelbares Ziel war die Vereinfachung der Berichterstattung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die auf Anfragen häufig mit großem Aufwand Informationen aufarbeiten mussten. Durch einheitliche Anforderungen an die Qualität der Daten soll deren Vergleichbarkeit und Anschlussfähigkeit sichergestellt und gleichzeitig das Prinzip der Datensparsamkeit beachtet werden. Geplant war zudem, ein regelmäßig veröffentlichtes Forschungsranking zu erstellen.

Der Kerndatensatz umfasst die Bereiche Beschäftigte, Nachwuchsförderung, Drittmittel und Finanzen, Patente und Ausgründungen, Publikationen und Forschungsinfrastruktur. Daten sollen dabei nur aggregiert weitergegeben werden, also etwa für ganze Abteilungen, nicht für einzelne in der Forschung tätige Personen. Dennoch zeigt sich bereits jetzt, dass die erhobenen Daten in den einzelnen Einrichtungen durchaus auch zur individuellen Leistungsbewertung herangezogen werden könnten, womit die Umsetzung der Spezifikation in den Kernbereich der betrieblichen Mitbestimmung fallen würde.

Sowohl die Deutsche Soziologische Gesellschaft (DGS) als auch der Historikerverband (VHD) kritisierten mögliche Fehlanreize. So werden zentrale Aspekte der jeweiligen Fachkultur zugunsten standardisierter Daten nicht erfasst. Zugleich werden fächerübergreifend Kennzahlen wie Patentanmeldungen erhoben, die in den Geisteswissenschaften so gut wie keine Rolle spielen. Unter Wettbewerbsbedingungen könnte die Folge eine Konzentration auf Steigerung des messbaren Outputs sein; Kreativität und Qualität blieben so auf der Strecke. ●

Michael Niedworok

Warnstreiks haben sich gelohnt!

Foto: ver.di

Bei eisigen Temperaturen und gut gelaunt zogen 100 Streikende zum Auftakt der Tarifrunde Länder über den Mainzer Uni-Campus. Auch an vielen anderen Orten gingen ver.di-aner*innen auf die Straße und bauten so den Druck für einen erfolgreichen Tarifabschluss auf. In der dritten Verhandlungsrunde wurden wir uns einig mit der TdL. Ab dem 1. Januar 2017 gibt es 2 Prozent mehr – mindestens aber 75 Euro, wenn das monatliche Einkommen weniger als 3200 Euro beträgt. So profitieren die unteren Einkommensgruppen noch stärker. Anfang kommenden Jahres werden die Entgelte dann noch einmal um 2,35 Prozent erhöht. Die Laufzeit des Tarifvertrags reicht bis zum 31. Dezember 2018.

Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst bekommen zusätzlich monatliche Zulagen zwischen 50 und 100 Euro. Für die pädagogischen Fachkräfte in den Kindertagesstätten der Studierendenwerke bedeutet das z.B. 80 Euro monatlich mehr. Auch für Azubis haben wir viel erreicht: Die Vergütung wird sowohl 2017 als auch 2018 um 35 Euro erhöht und es gibt außerdem auch noch einen zusätzlichen Urlaubstag. ●

„Wir wollen einfach was bewegen!“

Foto: W. Wohlers

Immer mehr Studierende entscheiden sich für eine Mitgliedschaft bei ver.di. Wie die Arbeit in der Praxis aussehen kann, zeigt der Sprecher der Bundesarbeitsgruppe Studierende Dominik De Marco. Zusammen mit anderen Aktiven des Landesfachbereichs NRW gründete er Anfang 2016 eine ver.di-Hochschulgruppe; kurz danach kandidierte er fürs Studierendenparlament (StuPa) an der Hochschule Niederrhein in Krefeld und Mönchengladbach. „Ich war anderthalb Jahre bei ver.di auf Landes- und Bundesebene aktiv gewesen und hatte das Gefühl, dass wir noch mehr schaffen könnten. Deshalb habe ich angefangen mir Gedanken zu machen, was man zum Beispiel an meiner Hochschule verändern könnte“, erzählt Dominik. Dank Unterstützung des Landesfachbereichs und zahlreicher Studierender auch aus anderen DGB-Gewerkschaften gelang es, nach nur drei Monaten Vorlaufzeit zur Wahl anzutreten.

Das Ergebnis spricht für sich: Die ver.di-Liste wurde mit 61,3 % gewählt und hat damit die absolute Mehrheit im StuPa. „Das überraschende Ergebnis hat uns alle sehr gefreut und zeigt, dass Studierende mit ver.di etwas Positives verbinden,“ so Dominik. Das spiegelt sich auch wider in zahlreichen Beitritten. Seit Mai 2016 hat Dominik 23 neue Gewerkschaftsmitglieder gewonnen, und auch andere Aktive der Hochschulgruppe sind permanent als Multiplikator*innen tätig. Ein Selbstläufer ist das freilich nicht: Insbesondere zu Beginn erlebten die ver.dianer*innen Anfeindungen bis hin zur versuchten Wahlanfechtung durch andere StuPa-Mitglieder.

Eine solidarische und transparente Politik sind Kernanliegen des StuPa geworden. Auf der Tagesordnung stehen jetzt regelmäßig soziokulturelle Themen wie Vereinbarkeit von Studium und Nebentätigkeit oder die Gründung eines Härtefallausschusses, der z. B. Studierenden mit geringem Einkommen die Kosten für das Semesterticket rückerstattet. „Wir wollen was in der Hochschulpolitik bewegen, mit den Studierenden in Kontakt treten und sie zum Umdenken motivieren“, so Marcel Dames, ebenfalls Gründungsmitglied der Hochschulgruppe. Die Kommiliton*innen über die Rolle von Gewerkschaften aufzukären ist ebenso ein Ziel wie der neoliberalen Politik des Präsidiums entgegenzuwirken.

Das Prinzip der Überparteilichkeit steht damit nicht im Widerspruch – im Gegenteil, meint Dominik. „Wir sehen uns nicht als Partei und sind klar auf Abstand zur der Landes- oder Bundespolitik. Wir wollen auf kommunaler Ebene was verändern.“ Zentral seien die Studierenden und ihre Probleme. Dazu zählen die Vereinbarkeit von Job und Uni, Arbeitsrecht im Nebenjob oder Finanzierungsmöglichkeiten im Studium. Aber auch über Pflichten und vor allem Rechte im späteren Berufsleben wollen sie ihre Kommiliton*innen aufklären. „Wir waren schockiert, wie viele Leute noch nie von Gewerkschaften gehört haben.“

Dominik und seine Mitstreiter*innen sind ein Beispiel dafür, dass jede*r mit dem Wunsch nach sozialem Engagement sich einfach die Frage stellen sollte: Was kann ich unmittelbar in meinem Umfeld verbessern? Wie sich gezeigt hat, sind dann auch zunächst utopisch erscheinende Vorhaben durchaus realisierbar. Und ein Schritt zieht dann den anderen nach sich: 2017 soll im Asta der Hochschule Niederrhein ein Ausbildungsplatz geschaffen werden – eine Premiere in Deutschland. ●

Ninja Bandow

HOCHSCHULEN

TU Berlin bedauert Eherndoktorwürde für türkischen Ministerpräsidenten

Die Mitglieder des Akademischen Senats der TU Berlin haben erklärt: „Wir verurteilen jegliche Form der Beeinträchtigung von freier Wissenschaft und Bildung und bekunden daher unsere Solidarität mit den durch die politischen Verhältnisse in der Türkei gefährdeten Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den anderen Hochschulangehörigen …“

In der Türkei wurden tausende Hochschulmitarbeiter*innen entlassen oder frei gewählte Rektoren abgesetzt. Umgesetzt werden die Maßnahmen von Ministerpräsident Binali Yildirim, der 2011 die Ehrendoktorwürde der TU Berlin erhalten hat für sein Engagement zur Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Türkei, die jetzt zunehmend eingeschränkt wird. Der Senat bedauert, dass Yildirim die mit der Ehrendoktorwürde verbundene Erwartung, sich für Freiheit von Forschung und Lehre einzusetzen, nicht erfüllt.

www.tu-berlin.de
Direktzugang 179822

Rot-rot-grüne BAföG-Initiative aus Thüringen

Die Fraktionen der regierungsparteien in Thüringen wollen eine umfassende BAföG-Reform anstoßen. Die Sätze sollen um 10 Prozent erhöht und regelmäßig angepasst werden, die Wohnkostenpauschale sei ebenfalls zu überprüfen. Darüber hinaus will die rot-rot-grüne Initiative Fördermöglichkeiten für Teilzeitstudierende durchsetzen und die Förderdauer für Eltern und ehrenamtlich Engagierte verlängern. Auch für Ältere, Migrat*innen und Flüchtlinge soll die BAföG-Novelle Verbesserungen bringen.

Foto: Danny Prusseit

Anne Voß ist seit Dezember 2016 neue Leiterin der Bundesarbeitsgruppen Weiterbildung und Studentenwerke im Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung. Ihre berufliche Laufbahn startete sie in eine ganz andere Richtung: sie absolvierte ein Ausbildung zur medizinisch-technischen Laborassistentin, später studierte sie Evangelische Theologie an der Humboldt Universität in Berlin. Seit 1991 war sie dann hauptamtlich bei der ÖTV beschäftigt, wurde 1992 Bildungssekretärin in Brandenburg und wechselte 1996 nach Erfurt. Mit ver.di-Gründung 2001 ging sie in den Landesbezirk Thüringen, später Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, war für Bund und Länder sowie Bildung, Wissenschaft und Forschung zuständig. Seit April 2009 leitete sie dort den Landesfachbereich. ●

Studierende auf die Arbeitswelt vorbereiten

Das Modul „Arbeitsbeziehungen in Deutschland – Kompetenzen für die Arbeitswelt" steht inzwischen in einer ganzen Reihe Hochschulen auf dem Lehrplan – und laufend melden sich weitere Interessenten. Das Seminarangebot wurde von einem bildungspolitischen ver.di-Arbeitskreis unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt. Dessen Recherchen hatten eine „Lücke" in der akademischen Ausbildung identifiziert: Der Rahmen der späteren Erwerbsarbeit wird Studierenden so gut wie nicht vermittelt. Anfang November fand in der ver.di-Bundesverwaltung eine zweitägige Fachtagung dazu statt.

Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde integrierte das didaktische Konzept im Wintersemester 2015/16 in ihren Studiengang Tourismusmanagement und damit in das fachliche Lehrangebot. Parallel bot die Universität Bremen das Modul allen Studierenden im überfachlichen Lehrangebot an. An beiden Hochschulen wurde das Seminar bereits wiederholt und ist auf dem Weg der Verstetigung. Auch in Braunschweig, Wilhelmshaven, Göttingen und an der Ostfalia Hochschule wurde das Modul bereits ins Curriculum aufgenommen. Formal ist das Lehrangebot sehr flexibel. Vorgeschlagen wird die Vergabe von mindestens drei ECTS-Punkten, das entspricht einem Aufwand von 90 Arbeitsstunden.

Inzwischen ist auch die Plattform **Kofa** „**Ko**mpetenzen **f**ür die **A**rbeitswelt" online (**http://kofa.verdi.de**). Hier können sich Hochschulen und Lehrende informieren. Auf der Seite finden sich eine Muster-Modulbeschreibung, das didaktische Konzept mit Studienphasen, Lernzielen und den zu erwerbenden Kompetenzen sowie die mögliche Verteilung der Semesterwochenstunden. Beispiele aus der Praxis, diverse Branchenanalysen und andere Materialien sowie Evaluationsberichte einiger Hochschulen über die Umsetzung des Moduls ergänzen das Angebot. „Wir laden alle Akteure, sowohl auf Arbeitnehmer-, als auch auf Arbeitgeberseite ein, das Modulangebot mit uns weiter zu entwickeln", sagt Renate Singvogel, in der ver.di-Bundesverwaltung zuständig für Hochschulpolitik. ●

Katharina Common

Studierendenwerke vor großen Herausforderungen

Die Studierendenzahlen steigen, immer mehr ausländische Studierende kommen nach Deutschland, und es mangelt an Wohnraum: All diesen Herausforderungen müssen sich die Studierendenwerke stellen. Doch das Geld wird nicht mehr, die staatlichen Zuschüsse stagnieren seit 2013 auf niedrigem Niveau. Um über diese Fragen zu diskutieren, trafen sich Ende Januar 40 Personalrät*innen in Göttingen zu einer Fachtagung.

Zu erwarten ist, dass im Jahr 2020 rund 350.000 ausländische Studierende eingeschrieben sein werden. Nicht nur die Sprache ist für sie ein Problem. Es geht auch darum, eine Willkommenskultur und Interkulturalität für und mit ihnen zu etablieren. Sie benötigen spezielle Beratungsangebote etwa zur Studienfinanzierung, zum Umgang mit Versicherungen und Behörden, zu rechtlichen Fragen und Unterstützung bei der Wohnungssuche. Damit die Beschäftigten all diesen Herausforderungen angemessen begegnen können, müssen ihre (inter-)kulturellen und sprachlichen Kompetenzen gefördert werden. Dazu bedarf es neuer Qualifizierungsformate. Der Veranstalter „ver.di Forum Nord" hat im Rahmen der Sozialpartnerrichtlinie ein Personalentwicklungsprojekt für das Studierendenwerk Schleswig-Holstein eingereicht. Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerkes, forderte einen „Hochschulsozialpakt". Auch der Fachanwalt für Arbeitsrecht Norbert Diercks besuchte die Fachtagung und stellte sich den vielfältigen Fragen der Personalrät*innen. ●

Anne Voß

Personalrats-arbeit erweitert das Blickfeld

Foto: Michael Niedworok

Janka Neubauer

Foto: Oana Popa

Steffi Nickel-Busse

Ich arbeite als Dozentin an der TU Berlin. Im Dezember 2016 habe ich auf der ver.di-Liste für den Personalrat kandidiert – bin dort seit Dezember 2016 ordentliches Mitglied und vertrete rund 150 Beamt*innen der TUB, an der es insgesamt ca. 4000 Beschäftigte gibt.

Ich war bereits in der vorigen Amtsperiode Nachrückerin für die Beamt*innen-Vertretung und habe mich dadurch mit der Personalratsarbeit vertraut gemacht. Am Anfang war vieles sehr neu für mich, und ich habe erst einmal versucht, die Sachlagen und Prozesse an der TU zu verstehen. Als hilfreich empfand ich dafür die dreitägige Klausurtagung des neu gewählten Personalrats kurz nach der Wahl, die dem gegenseitigen Kennenlernen, der Richtungsbestimmung und Arbeitsteilung diente. Nach einer schwierigen Phase in der vorangegangenen Amtsperiode, die ich noch nicht miterlebt hatte, ging es außerdem ums Teambuilding. Darüber hinaus habe ich zwei einwöchige Grundschulungen zum Personalvertretungsrecht bei ver.di b+b absolviert, die ich als sehr informativ und praxisnah erlebt habe. Durchgeführt wurden sie von aktiven oder ehemaligen Personalrät*innen bzw. Leuten mit juristischem Sachverstand, und es gab diverse Anwendungs- und Übungsphasen. Auch eine eintägige Grundschulung zum Beamtenrecht habe ich besucht. Hier möchte ich in dieser Amtsperiode weiter anknüpfen.

Für mich stellt die Personalratsarbeit eine große Erweiterung meines Blickfeldes auf den Arbeitsort Universität dar. Früher war mein Fokus an der TUB sehr stark auf Abläufe in meinem Bereich beschränkt, heute reicht er über den Tellerrand hinaus. Das möchte ich nicht mehr missen. Mitzuhelfen, Dinge zu bewegen und für die Beschäftigten Verbesserungen zu erreichen, empfinde ich als sehr befriedigend. Vieles ist mühsam und kleinschrittig, aber insgesamt erlebe ich die Arbeit als sehr sinnvoll. Geprägt von guter Organisation und kollegialer Führung, für die Transparenz und Partizipation zentral sind, hat der Sachbezug bei uns oberste Priorität. Dass es bei der Wahl konkurrierende Listen gab, tritt im Alltag absolut in den Hintergrund.

Inzwischen habe ich in der Personalratsarbeit mehr Sicherheit und Routine gewonnen. Ich weiß jetzt, dass ich mich in neue Sachverhalte schnell einarbeiten kann oder auch mal Mut zur Lücke haben darf. Mit Schmunzeln erinnere ich mich an meine innere Aufregung beim allerersten von mir begleiteten Bewerbungsverfahren wenige Wochen nach der Wahl. Als „Frischling" hatte ich eine große Auswahlkommission gebeten, auf die Vergleichbarkeit ihrer Fragen an die Bewerber*innen zu achten und eine Kandidatin mit formal gleichwertiger Qualifikation nachzuladen, die dann am Ende einen vorderen Platz belegte. ●

Janka Neubauer

❊❊❊

Ich bin seit 2012 Personalratsvorsitzende des 19-köpfigen Personalrats der TU Berlin. Eine neue Amtszeit ist immer ein Neustart. Für die „alten Hasen" heißt es dann, gute Rahmenbedingungen für die Neuen zu schaffen. Dazu gehören banale Dinge wie das Aufnehmen in den E-Mail-Verteiler und die Verteilung von Broschüren zum Personalvertretungsgesetz, aber auch die zügige Qualifizierung der neuen Mitglieder durch ihre Entsendung zu den PersVG-Seminaren von ver.di b+b.

Die TU Berlin finanziert uns zu Beginn einer Amtszeit eine Klausurtagung. Auch bei den wöchentlichen Treffen heißt es in der Startphase, etwas weiter auszuholen und Vorgeschichten oder Abkürzungen zu erklären. Neue Personalratsmitglieder hinterfragen Routinen, haben neue Ideen und bereichern das Personalratsleben. ●

Stefanie Nickel-Busse

P O R T R Ä T

Foto: privat

Frank Loeding

■ **Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt**

… ist das Motto von Frank Loeding.

Der erste Eindruck von ihm ist: ein herzlicher und lebenslustiger Kumpeltyp. Er scheut sich bei Bedarf aber nicht, anderen auf die Nerven zu gehen, indem er mit Nachdruck für seine Überzeugungen eintritt, gerne gewürzt mit einer Portion Kapitalismuskritik.

Seit seiner Ausbildung zum Elektromechaniker in den 1970ern ist Frank Gewerkschaftsmitglied. Später machte er den Meister und wechselte als Ausbilder für Elektroberufe in die Weiterbildung. Er engagiert sich als Betriebsrat im Berufsfortbildungswerk (bfw) des DGB ebenso wie in ver.di-Gremien in Hamburg und auf Bundesebene.

Mit besonderer Leidenschaft vertritt Frank die Interessen der Schwerbehinderten. Vielen in ver.di ist er als deren laut vernehmbare Stimme bekannt. Als Konzernschwerbehindertenvertreter, Sprecher des Bundesarbeitskreises Teilhabepolitik in ver.di und auch sonst setzt er sich für ihre Stärkung, Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe ein. Zusätzlich ist er als Sozialrichter in Hamburg aktiv - die wohl einzige Gelegenheit, ihn mit einer Krawatte zu sehen.

Neue Kraft schöpft Frank in seiner Familie und im Freundeskreis. Enkel Paule (1½) findet allerdings, Opa könnte sich ruhig mehr Zeit für ihn nehmen. ●

Birthe Haak

Bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · 10112 Berlin

BEITRITTSERKLÄRUNG

https://mitgliedwerden.verdi.de/

Titel/Vorname/Name

Straße | Hausnummer

PLZ | Wohnort

Staatsangehörigkeit

Telefon

E-Mail

Ich möchte Mitglied werden ab
0 1 | 2 0

Geburtsdatum

Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich

Beschäftigungsdaten

☐ Arbeiter/in ☐ Beamter/in ☐ freie/r Mitarbeiter/in
☐ Angestellte/r ☐ Selbständige/r ☐ Erwerbslos

☐ Vollzeit
☐ Teilzeit, Anzahl Wochenstunden:

☐ Azubi-Volontär/in-Referendar/in — bis
☐ Schüler/in-Student/in (ohne Arbeitseinkommen) — bis
☐ Praktikant/in — bis
☐ Altersteilzeit — bis
☐ ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in
☐ Sonstiges:

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße | Hausnummer

PLZ | Ort

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst € | Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe | Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe

Ich wurde geworben durch:
Name Werber/in

Mitgliedsnummer

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft
von | bis

Monatsbeitrag in Euro

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mind. 2,50 Euro.

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer:
DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Zahlungsweise
☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich
☐ zur Monatsmitte ☐ zum Monatsende

Titel/Vorname/Name vom/von Kontoinhaber/in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ | Ort

BIC

IBAN

Ort, Datum und Unterschrift

✗

Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!
Personalnummer

Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:
Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, meinen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren bei meinem Arbeitgeber monatlich einzuziehen. Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs.1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine diesbezüglichen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, zur Erledigung aller meine Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffenden Aufgaben im erforderlichen Umfang verarbeitet und genutzt werden können.

Ort, Datum und Unterschrift

✗

Datenschutz

Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

01/14